

Positionspapier BUND & Der PARITÄTISCHE BW

Jetzt die Weichen für die sozial-ökologische Wende stellen!

Die Notwendigkeit einer ökologischen Wende trifft in Deutschland auf eine Gesellschaft mit großen und wachsenden Ungleichheiten und damit auch auf Menschen, die in sehr unterschiedlichem Maße in der Lage sind, mit Klimaschutz verbundene Kosten zu stemmen. Ziel einer ökologischen Wende muss es sein, allen Menschen ein klimafreundliches Leben zu ermöglichen und soziale Ungleichheit abzubauen. Insbesondere erfordert dieser Wandel Maßnahmen in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Infrastruktur sowie der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Eine Klimapolitik, die in der Breite der Gesellschaft Akzeptanz finden und wirken kann, braucht einen funktionierenden Sozialstaat. Sie muss sozial gerecht sein. Es braucht daher nicht nur eine ökologische, sondern eine sozial-ökologische Wende.

Die beiden baden-württembergischen Landesverbände des Paritätischen und des BUND sind daher eine Kooperation eingegangen mit dem Ziel, das Ökologische mit dem Sozialen zu verbinden, denn: Das Eine ist ohne das Andere nicht oder nur bedingt entwickelbar. Dabei geht es um nichts Geringeres als gesellschaftliche Resilienz. Noch immer werden im gesellschaftlichen Diskurs häufig ökologische gegen soziale Interessen ausgespielt. Hierdurch treiben wir aber die gesellschaftliche Spaltung weiter voran und riskieren die Radikalisierung weiterer gesellschaftlicher Gruppen. Ökologische kann also nicht ohne soziale Nachhaltigkeit gedacht werden und umgekehrt.

Potenziale des Sozialen für die nachhaltige Zukunft nutzen

Die Zukunft braucht ein tragfähiges, auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtetes Gesellschaftsmodell. Anstatt der überbordenden, konsumorientierten Lebensweise brauchen wir eine auf Suffizienz ausgerichtete Alternative. Die Vorstellung eines guten Lebens darf nicht länger im Wesentlichen mit dem Konsum und dem Besitz materieller Güter in Verbindung gebracht werden. Stattdessen muss das soziale Mit- und Füreinander in den gesellschaftspolitischen Fokus gerückt werden.

Dazu muss die Förderung von außerschulischer Bildung, Ehrenamt, Kultur und Sport und von Initiativen zur gemeinschaftlichen, nachhaltigen Lebensgestaltung erheblich ausgeweitet werden.

Der Bedarf an sozialen Dienstleistungen, wie etwa in der Pflege oder der Kinderbetreuung, übersteigt schon heute das Fachkräfteangebot. Auf dem Weg in eine sozial

orientierte Dienstleistungsgesellschaft muss die Fachkräfteförderung in diesen Bereichen, aber auch generell im sozial-pflegerischen Bereich umgehend massiv ausgebaut werden.

In Einrichtungen und Diensten des sozial-pflegerischen Sektors werden täglich Millionen von Menschen jeden Alters beraten, gefördert und versorgt. Hunderttausende Menschen sind im sozial-pflegerischen Bereich beschäftigt. In diesem, für unser gemeinsames Leben zentralen Sektor, muss die Förderung einer ökologisch-nachhaltigen Infrastruktur, lebensnotwendigen Gütern, Mobilität und Ernährung zum gesellschaftlich richtungsweisenden Regelfall werden. Die Kosten dafür müssen von den öffentlichen Trägern und den Kassen anerkannt und in die Pflege- und Vergütungssätze aufgenommen werden.

Gesunde Ernährung für alle

Gemeinschaftsverpflegung in Schulen, Mensen, Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Kantinen erreicht sehr viele Menschen mit unterschiedlichem sozialem Hintergrund. Im Sinne einer gesunden Ernährung für Menschen und dem Schutz der Umwelt fordern wir, den Anteil an frischen, regionalen und saisonalen Bio-Lebensmitteln in Gemeinschaftseinrichtungen bis 2025 auf 40 Prozent zu erhöhen. Dabei schont eine deutliche Reduktion von Fleischprodukten Klima und Umwelt und beugt Volkskrankheiten wie Herzinfarkten oder Darmkrebs vor. So werden nicht nur erhebliche Folgekosten im Gesundheits- und Umweltsektor eingespart, auch im Einkauf ist Getreide und Gemüse deutlich günstiger als Fleisch- und Wurstwaren. Damit die Umstellung von Gemeinschaftsverpflegung hin zu gesunden und ökologisch hochwertigen Lebensmitteln beschleunigt wird, muss das Land Baden-Württemberg entsprechende Maßnahmen finanziell fördern. Dadurch wird auch gewährleistet, dass eine abwechslungsreiche und gesunde Ernährung für alle bezahlbar bleibt bzw. wird.

Kommentiert [R1]: Vorschlag: Satz streichen

Soziale Einbindung energetischer Sanierung im Mietwohnungsbau

Die energetische Sanierung im Gebäudesektor ist notwendig, um den Energieverbrauch und damit den CO₂-Ausstoß zu senken. Die Förderinstrumente zur energetischen Sanierung müssen umgebaut werden. Zu fördern sind ausschließlich der soziale Wohnungsbau und die gemeinwohlorientierte oder öffentliche Wohnungsbewirtschaftung. Die Sozialbindung sollte festgeschrieben werden. Die Erhöhung von Wohnstandards über einen Erhalt hinaus soll vermieden werden. Der CO₂-Preis darf keinesfalls Teil der Nebenkosten sein. Soll das Instrument der CO₂-Bepreisung seine Wirkung entfalten, so muss es die Verantwortlichen – im Mietwohnbestand also diejenigen, die über die Heiztechnik entscheiden können – treffen. Diese Kosten müssen als „Betreiberkosten“ und nicht als Betriebskosten definiert werden. Energetische Modernisierungen müssen warmmietneutral erfolgen. Die Förderung muss am Effizienzhaus-Standard 55 anknüpfen.

Mobilität solidarisch gestalten

Für ein solidarisches Miteinander in unserer Gesellschaft, zur Gewährleistung von Chancengleichheit und um Teilhabe für Alle zu gewährleisten, sind allgemein und barrierefrei zugängliche, preisgünstige Mobilitätsangebote unverzichtbar.

Wir fordern daher von der Landesregierung eine flächendeckende Investitionsoffensive für den Umweltverbund (Bahnen, Busse, Rad- und Fußverkehr) – und zwar sowohl in Ballungsräumen als auch in ländlich geprägten Regionen. Hierzu sind etwa 1 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Zur Finanzierung muss das Land eine Nahverkehrsabgabe einführen.

Wir fordern für alle minderjährigen und erwachsenen Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind sowie für alle Rentner*innen, die Anspruch auf Grundsicherung oder Grundrente haben, ein 0.- Euro Ticket für den ÖPNV einschließlich des Nahverkehrsbereichs.

Um die Mobilitätschancen auch von mobilitätseingeschränkten Personen barrierefrei und sicher gewährleisten zu können, brauchen wir in den Städten und Gemeinden eine gerechtere Aufteilung des Verkehrsraums. Das Land muss daher die Grundlagen dafür schaffen, dass der vorhandene Straßenraum zugunsten des Fuß- und Radverkehrs umgestaltet wird. Zur Erhöhung der Sicherheit für Alle fordern wir eine Reduzierung der Geschwindigkeit innerorts auf grundsätzlich 30 km/h.